

Antrag

**der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Richard Seelmaecker, Silke Seif,
Dennis Thering, Dr. Anke Frieling (CDU) und Fraktion**

Betr.: Ehrenamt stärken – geplante Kürzungen bei den Jugendfreiwilligendiensten für Hamburg verhindern!

In Drs. 22/15340 informierte der Senat, dass bislang „keine Kürzungen in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für 2025 zurückgenommen wurden“, sodass dies für den kommenden Freiwilligendienstjahrgang 2024/2025 Kürzungen bedeuten würde. Die 16 Träger, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) anbieten, aber auch jene, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder auch den Bundesfreiwilligendienst in ihrem Portfolio haben, sind besorgt. Die jungen Menschen, die einen Jugendfreiwilligendienst absolvieren, leisten wichtige Arbeit und bekommen auf diese Weise auch einen Einblick in den gewählten Bereich, in dem danach ein beachtlicher Teil auch eine Ausbildung absolviert. Personen, die ihren Jugendfreiwilligendienst absolvieren, sind gerade in Zeiten von Fachkräftemangel äußerst begehrt, da sie zumeist eigenverantwortlich einfache Tätigkeiten übernehmen und gleichzeitig über den Dienst niedrigschwellig Einblick in ein Arbeitsfeld bekommen, das darauf angewiesen ist, durch den direkten Kontakt Nachwuchskräfte für sich zu gewinnen.

Im Jahr 2023 wurde via Öffentlichkeitskampagne erfolgreich dafür geworben, sich für einen Jugendfreiwilligendienst zu entscheiden. Dieser prägt und bildet die Absolventen und gleichzeitig dienen sie der Gesellschaft. Laut Senat hat die mediale Aufmerksamkeit auch wie gewünscht eine steigende Zahl an Bewerbungen befördert. Diesen Effekt jetzt nicht zu nutzen und die zu besetzenden Stellen im FSJ, FÖJ und Bundesfreiwilligendienst nun unbesetzt zu lassen, weil Kürzungen nicht verhindert wurden, wäre von der Politik gegenüber den Trägern und den von ihnen in den Bereichen Kranken- und Altenpflege sowie Jugend- oder Umweltschutzarbeit Versorgten fahrlässig.

In Drs. 22/10518 hatten die Regierungsfractionen zudem selbst den Senat aufgefordert, die Jugendfreiwilligendienste zu stärken. Die CDU-Fraktion erinnert SPD und GRÜNE hiermit an diese Forderung und verlangt vom Senat, dieser Forderung Taten folgen zu lassen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene – wie bereits im Vorjahr – gegen die Kürzungen beim Freiwilligendienst auszusprechen;
2. sollte es zu Kürzungen kommen, die finanzielle Lücke aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg zu schließen, damit es gegenüber den Vorjahren zu keinen Stellenkürzungen in diesem Bereich kommen muss;
3. den in Drs. 22/10518 zum 1. April 2024 geforderten Bericht umgehend vorzulegen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2024 Bericht zu erstatten.